

# Verheerendes Vermächtnis

Der Schaden, den Donald Trump angerichtet hat, dürfte lange nachwirken – selbst wenn 2021, wie viele Europäer hoffen, in den USA ein neuer Präsident sein Amt antritt.

Von Cathryn Clüver Ashbrook

**A**uch wenn seine Amtszeit am 20. Januar 2021 enden sollte, wird Donald Trump ein desaströses Erbe in der Außen- und Innenpolitik hinterlassen – eines, das in Sachen destruktives Potenzial seinesgleichen in der modernen amerikanischen Geschichte sucht. In nur drei Jahren hat der Präsident der Glaubwürdigkeit und der moralischen Ausstrahlung seines Landes – und damit den zentralen Elementen der amerikanischen Soft Power – schweren Schaden zugefügt. Das Trauma, das durch den Angriff der Trump-Regierung auf die Nachkriegsordnung geschaffen wurde, dürfte sich noch weit über die ersten vier Jahre einer demokratisch geführten Regierung hinaus bemerkbar machen. Sollte Trump im November wiedergewählt werden, wird es sich dramatisch verschärfen.

Unter dem Vorwand, das Land vom „deep state“ zu befreien, hat Trump alles darangesetzt, die Institutionen der USA auszuhöhlen. Das gilt für die nationale Sicherheit ebenso wie für die Innenpolitik. Mit der Erweiterung des Einreiseverbots für Muslime, mit der systematischen Trennung von Migrantenfamilien an der Südgrenze

der USA und mit der wiederholten Aussage, europäische Verbündete seien Feinde, hat der Präsident große Teile der internationalen Gemeinschaft verprellt.

## Am Tiefpunkt

Nach mehr als 70 Jahren haben die transatlantischen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht. Trump untergräbt den größten diplomatischen Erfolg der EU, den Iran-Atom-Deal, und stellt den Daseinszweck der NATO infrage. Die Liste seiner Angriffe auf die multilaterale Weltordnung ist noch viel länger: von der Blockade des UN-Menschenrechtsrats über die Lähmung des WTO-Berufungsgremiums und die Vernachlässigung des internationalen Rüstungskontrollsystems bis zur „Politik des leeren Stuhles“ bei den G7. Hinzu kommt, dass Trump ständig mit dem Einsatz von Gewalt droht; mit dem Drohnenangriff auf den iranischen General Qasem Soleimani hat er dann Ernst gemacht. Die Diktatoren dieser Welt umgarnt der Präsident; für Demokraten hat er nur Verachtung übrig.

Warum sollte die Welt Trumps Amerika vertrauen? Eine Umfrage des Pew-



**Cathryn Clüver Ashbrook**

ist Gründungsgeschäftsführerin des Projekts „Future of Diplomacy“ an der Harvard Kennedy School in Cambridge, Massachusetts.

Research-Instituts im Januar 2020 in 32 Ländern ergab, dass 64 Prozent der Befragten dem US-Präsidenten nicht zu vertrauen, in der Weltpolitik „das Richtige zu tun“. Westeuropäer sind besonders skeptisch: Nur 13 Prozent der Deutschen und 18 Prozent der Schweden halten ihn für vertrauenswürdig. Und wie Henry Kissinger einst sagte, hängt die internationale Ordnung eben nicht nur vom Gleichgewicht harter Macht ab, sondern auch davon, ob die Macht als legitim betrachtet wird.

Anfang 2020 finden sich in Trumps Bilanz keine greifbaren Fortschritte in der Außenpolitik – dafür aber jede Menge zerstörte Institutionen und Beziehungen im In- und Ausland. Die Folgen dieser Politik werden Amerika noch auf Jahrzehnte zu schaffen machen, selbst wenn 2021 ein Demokrat Präsident werden sollte. Im Nahen Osten „schwankt der Präsident dazwischen, die Zahl riskanter Einsätze zu verdoppeln oder das Feld ganz und gar zu räumen“, wie es Brett McGurk, ein ehemaliger Berater des Präsidenten, beschreibt.

Nach der Tötung Soleimanis ist die Region noch explosiver geworden: Iran nimmt die Urananreicherung wieder auf; das beständige Werben Trumps um Saudi-Arabien als ausgleichende Kraft verleiht der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi in beschämender Weise Legitimität; Jared Kushners Nahost-Friedensplan ist keine tragfähige Strategie; und Russland ist zum Königsmacher in der Region geworden.

Und weiter: Aller Fesseln entledigt testet Nordkorea Raketen und baut vermutlich seine atomaren Fähigkeiten aus. Das umfassendere Abrüstungsabkommen, das John Bolton vorschwebte, ist offenbar eine Totgeburt. Der „Phase One Deal“ mit China ist nicht mehr als das, was im Titel steht: der erste Teil eines bilateralen Handelsabkommens – es stellt nur den ursprünglichen Zustand der Beziehungen wieder her. Es

enthält kaum konkrete Zusagen und hat Milliarden von Dollar gekostet.

### **Falsche Prämissen, mangelnde Mittel**

Die europäischen Länder haben zu Recht das Gefühl, von den wichtigsten Entscheidungen ausgeschlossen zu werden. Zuweilen werden sie selbst zur Zielscheibe – die nächste Front in Trumps Handelskriegskampagne zeichnet sich schon ab. McGurk drückt es so aus: „Washingtons derzeitige Politik ist durch Inkohärenz definiert: maximalistische Ziele, minimalistische Mittel, falsche Annahmen, kaum Verbündete, nur Druck, keine Diplomatie.“

Optimisten könnten argumentieren, Amerikas verbleibende Macht würde zusammen mit dem Eigennutz der anderen Länder schon dafür sorgen, dass die Verbündeten zurückkehren, sobald ein Demokrat das Weiße Haus kontrollierte. Doch diese Sicht verkennt, wie fundamental sich zentrale Realitäten verändert haben. Bestimmte Meinungen, die den Menschen von Trump beständig eingehämmert wurden, werden sich nicht so leicht aus der Wahrnehmung ausradieren lassen. Sie sind zur akzeptierten Wahrheit geworden: China ist ein strategischer, wirtschaftlicher und politischer Rivale in Dimensionen wie im Kalten Krieg. NATO-Verbündete muss man gängeln, damit sie ihre Verteidigungsausgaben erhöhen. Die Frage, ob die multilateralen Organisationen im 21. Jahrhundert noch gebrauchstauglich sind, bleibt offen. Diese Themen finden wir auch in den Programmen der demokratischen Kandidaten.

Auf der anderen Seite des Atlantiks gestalten sich die Beziehungen zu Ländern

*Europa hat das Gefühl, von den wichtigsten Entscheidungen ausgeschlossen zu sein*

wie China oder Russland oft differenzierter, als es in den USA der Fall ist. Das hat mit der geografischen Lage der Europäer zu tun, mit Abhängigkeiten bei Energie und Technologie, mit strukturellen Unterschieden innerhalb des Kontinents. Hinzu kommt, dass in der Diskussion über Tech-Themen wie Datenschutz oder geistiges Eigentum unterschiedliche Werte und Standards bei Europäern und Amerikanern zum Tragen kommen. Wenn man in Europa glaubt, unter einem Demokraten werde alles anders, weckt man falsche Erwartungen. So würde ein Präsident Joe Biden in der Huawei-Frage kaum nachgeben, während manche Europäer Chinas Tech-Giganten in ihrer Digitalinfrastruktur Platz machen wollen.

Und dann ist da noch der psychologische Effekt der erratischen und aggressiven Politik Trumps. Für einen Demokraten würde es dem ehemaligen US-Diplomaten Robert Blackwill zufolge eine „harte und schmerzhaft“ Arbeit werden, wieder Vertrauen aufzubauen. Denn besonders die Europäer meinen, „America First“ läge eine tiefere Wahrheit über den amerikanischen Charakter frei. Sie glauben, dass Amerika sein wahres, hässliches Gesicht enthüllt hat. Sie fragen, ob Präsidenten wie Barack Obama und George Bush sen. Ausnahmeerscheinungen waren. Das Wachsen der anti-amerikanischen Stimmung in der Bevölkerung mancher europäischer Verbündeter muss jeden Demokraten, der sich ums Weiße Haus bewirbt, zutiefst beunruhigen. Solche Einstellungen bestimmen, ob man in Europa imstande sein wird, amerikanische Führung wieder zu akzeptieren.

Hinzu kommt, dass die Trump-Jahre Europa gezwungen haben, eine eigennützigere Außenpolitik zu entwickeln. Gegen die US-Willkür in Handelsfragen haben die

Bild nur in  
Printausgabe  
verfügbar

*Gute Miene zum bösen Spiel, aber das Vertrauensverhältnis ist gestört.*

Europäer Vergeltungszölle eingesetzt. In der Klimapolitik haben sie Kohlendioxidzölle ins Spiel gebracht. Und eines ist klar: Europas Vertreter werden gegenüber einer zweiten Regierung Trump oder einer neuen demokratischen Regierung mit einem ganz anderen Selbstvertrauen auftreten – und auch auftreten müssen.

Die dauerhafteste Wirkung aber wird die Präsidentschaft Trumps auf die Innenpolitik haben. Die internen Veränderungen in den Ministerien und im Justizsystem werden sich auf die Soft Power der USA und ihre Fähigkeit auswirken, längerfristig unter einer demokratischen Regierung ein

## *Trump hat Ermittlungsverfahren gegen 130 Außenministeriumsvertreter eingeleitet*

progressives außenpolitisches Programm umzusetzen. Die Geschwindigkeit, mit der die Regierung Trump nicht nur Präsidentendekrete der Obama-Zeit aufgehoben, sondern auch bundesstaatliche Richtlinien getilgt und die Rechtsordnung verändert hat, war nichts weniger als historisch.

Noch weit dramatischer ist der Einfluss der Regierung auf das US-Rechtssystem. In nur drei Jahren hat man die Rekordzahl von 48 Richtern berufen, viele von ihnen auf Jahrzehnte oder lebenslang, an wichtige Institutionen wie die Appellationsgerichte. Damit hat die Regierung dafür gesorgt, dass sich die Kulturkriege institutionell verhärteten. Selbst wenn die Demokraten 2020 die Präsidentschaft und beide Kongresskammern gewinnen, werden Trumps Richter noch über weitreichende Befugnisse verfügen, um die Vorhaben des neuen Präsidenten zu sabotieren.

Der Präsident und seine Unterstützer sind zudem entschlossen, die demografischen Veränderungen zu bremsen, durch die sich ihre Machtbasis verändert. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Außenpolitik gegenüber Lateinamerika und den radikalen Veränderungen des US-Einwanderungssystems. Hier tritt die Regierung als kühl kalkulierende Maschinerie auf, die mit dem Chaos in der nationalen Sicherheit nichts gemein hat. Trumps Berater Steven Miller hat im US-Einwanderungssystem so viele strategische Blockaden geschaffen, dass von den einstigen Idealen der Weltoffenheit und Aufnahmebereitschaft so gut wie nichts geblieben ist.

Das Außenministerium ist diesem Präsidenten ein besonderer Dorn im Auge. Wie

Ukraine-Botschafterin Marie Yovanovitch und ihre Kollegen behandelt wurden, lässt sich nur als Verfolgung durch die eigene Regierung beschreiben. Schon vorher gab es Versuche, das Ministerium finanziell zu enthaupen; sie sind an einer überparteilichen Koalition im Kongress gescheitert. Die Trump-Regierung hat gegen 130 amtierende oder pensionierte Vertreter des Außenministeriums aus der Zeit Hillary Clintons Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zudem hat Trump mit der Tradition gebrochen, die meisten Botschafterposten durch Berufsdiplomaten zu besetzen. Nur ein Drittel der zentralen Posten im Ministerium wurden überhaupt besetzt. In der nationalen Sicherheit gibt es Hunderte von offenen oder nur befristeten Stellen, auch im Pentagon. Ein demokratischer Präsident würde fast zwei Jahre brauchen, um die Funktionsfähigkeit wiederherzustellen.

Aber auch wenn kein rasches Ende des Trump-Ärgers absehbar ist, besteht doch Hoffnung. Der Kongress hält an den Beziehungen zu den Verbündeten fest und ist entschlossen, seine außenpolitische Macht mit mehr Nachdruck einzusetzen. Es sieht so aus, als würden die Demokraten das Repräsentantenhaus wieder für sich gewinnen können, vorausgesetzt, der Kandidat heißt nicht Bernie Sanders. Und selbst in dem von Republikanern bestimmten Senat stoßen Umfragen auf große Aufmerksamkeit, nach denen sich die Bürger eine Abkehr vom Unilateralismus wünschen. Einer Umfrage des Chicago Council vom Herbst 2019 zufolge sagen 74 Prozent der Amerikaner, Verbündete seien das effektivste Mittel, um Amerikas Sicherheit zu gewährleisten.

Mit Blick auf die nächsten Monate ist der Kongress der Ort, an dem die Verbündeten ihre Argumente mit der größten Aussicht auf Erfolg vorbringen können. Eine Wiederannäherung zwischen den Bündnis-mächten des Westens wird nicht einfach